



SEMINARE IM WALDHAUS

→ STADTEILE, SEITE 40

Aus den Stadtteilen

OLDENBURGER NACHRICHTEN

VOLTIGIEREN IN HÖVEN

→ RUNDUM, SEITE 42



Ringeln um Zukunft der Jugendherberge

STADTENTWICKLUNG SPD und CDU stellen in gemeinsamen Antrag Weichen für Wohnbebauung

Die CDU spricht sich klar für einen Abriss aus. Die Jugendherberge zieht zum Bahnhof um.

VON THOMAS HUSMANN

BÜRGERFELDE – SPD und CDU haben im Bauausschuss mit einem gemeinsamen Antrag die Weichen für die Nachnutzung des Grundstücks der Jugendherberge an der Alexanderstraße/Von-Finckh-Straße gestellt. Gegen die Stimmen von Grünen, AfD und Linken wurde die Verwaltung beauftragt, die Pläne der SPD und CDU auf ihre Realisierbarkeit hin zu untersuchen.

Die Planung enthält eine Kindertagesstätte, einen Aufenthaltsraum bzw. eine Begegnungsstätte für 50 Personen, die Schaffung preiswerten Wohnraums, die Errichtung einer Außenstelle der Grundschule Röwekamp zur Umsetzung des Ganztagsangebots sowie den „Erhalt eines angemessenen Anteils an Grünflächen“. „Das durch den voraussichtlich Anfang 2019 stattfindenden Umzug der Jugendherberge freiwerdende Gelände bietet großes Potenzial für die Entwicklung der unteren Alexanderstraße“, heißt es zur Begründung des Antrags.

Bei den Grünen, Linken und Jugendverbänden, die an der Von-Finckh-Straße beheimatet sind, stoßen die Pläne auf Widerspruch. In einem von den Grünen eingebrachten und im Bauausschuss mehrheitlich abgelehnten Antrag sollte die Verwaltung die „Beibehaltung der Nutzung der bisherigen Räumlichkeiten durch die bisherigen Nutzer“ prüfen. Zu ihnen gehören der Stadtjugendring, der Fachdienst Jugend und Gemeinwesenarbeit sowie das



Beratungsgegenstand: Die Jugendherberge wird den Standort Alexanderstraße aufgeben.

BILD: THOMAS HUSMANN

Kinder- und Jugendbüro. Die Stadtteilarbeit sollte durch die Einrichtung eines Bürgertreffs gestärkt werden. Die Grünen forderten in ihrem Antrag zudem den Bau einer Kindertagesstätte auf dem Gelände sowie die Schaffung von Wohnraum für Menschen mit geringem Einkommen. Zu prüfen seien die Varianten Umbau des Jugendherbergstraktes nebst Anbau oder Aufstockung, „Realisierung von Wohnraum an anderer Stelle auf dem Gelände“ und Abriss des Jugendherbergstraktes nebst Neubau. Zudem wünschen die Grünen die Gestaltung einer öffentlichen Grünfläche unter Erhalt des schüt-

zenswerten Baumbestandes sowie die Schaffung von Räumen für die Grundschule Röwekamp.

Im Jugendhilfeausschuss war dieser Antrag am Mittwoch mehrheitlich verabschiedet worden. Dort haben die beratenden Mitglieder das Stimmrecht. „Eine Vielzahl der Oldenburger Jugendverbände ist in diesem für Jugendverbandsarbeit überaus geeigneten Gebäude, Gelände und Umfeld beheimatet. Die Jugendverbandsarbeit ist bereits durch die Diskussion um einen möglichen Abriss massiv beeinträchtigt“, warf Simon Kurka vom Stadtjugendring ein. Die Verwaltung bietet

dem Stadtjugendring Räume am Artillerieweg 59 an, wo noch die Dekra-Akademie untergebracht ist.

Noch Ende August hatte die SPD in einem inzwischen zurückgezogenen Antrag von der Verwaltung gefordert, die möglichen Nutzungen im Bestandsgebäude zu überprüfen. Auch die Kosten für eine entsprechende Ertüchtigung des Gebäudes sollten errechnet werden. Davon ist in dem neuen SPD/CDU-Antrag nun nicht mehr die Rede. „Wir sind für den Abriss aller Bestandsgebäude“, sagte CDU-Fraktionsvorsitzender Olaf Klaukien. Zudem spreche die gute ÖPNV-Anbindung mit

dem Bahnhof Wechloy und den VWG-Buslinien für einen Umzug des Stadtjugendringes an den Artillerieweg. Er verwahrte sich gegen gezielt gestreute Gerüchte, dass im Falle eines Abrisses und Neubaus „alle schützenswerten Bäume gefällt werden sollen“. Dies sei nicht der Fall. Klaukien unterstrich, dass kommunalpolitische Entscheidungen nicht vom Jugendhilfeausschuss, sondern vom Verwaltungsausschuss oder Rat gefällt werden.

Schmonzette am Rande: Den zurückgezogenen SPD-Antrag brachte dann Linken-Ratsherr Hans Henning Adler zur Abstimmung – vergeblich.

KOMMENTAR

VON THOMAS HUSMANN



Lehrstück der Demokratie

Ein demokratisches Schauspiel lieferten der Jugendhilfe- und Bauausschuss. Letzterer nahm eine zuvor getroffene Entscheidung des Jugendhilfeausschusses zurück, der mit den Stimmen seiner beratenden Mitglieder die Verwaltung mit einer detaillierten Untersuchung des Geländes der ehemaligen Jugendherberge beauftragt hatte. Da muss man sich fragen, warum es überhaupt beratende Mitglieder mit Stimmrecht in diesem Gremium gibt, wenn ihre Entscheidungen ohnehin nicht ernst genommen werden.

Dass die SPD mit sanftem Druck der Verwaltung mit der CDU ins Gespräch gekommen ist und einen gemeinsamen Antrag erarbeitet hat, ist auf der anderen Seite Beleg für eine funktionierende Demokratie, in der es auch erlaubt sein muss, seine Meinung zu überdenken und zu revidieren.

Das Bauamt braucht klare Positionen und Aussagen, um einen Plan für die zukünftige Bebauung und Nutzung des Geländes erarbeiten zu können. Da ist durch die monatelange Rumeierei schon viel zu viel Zeit verschenkt worden.

Apropos Demokratie: Gegen den gemeinsamen Antrag von SPD und CDU stimmten in trauter Einheit Grüne, Linke und die AfD.

Den Autor erreichen Sie unter hussmann@infoautor.de